

slovensko a ‚Drang nach Osten‘ německého imperialismu po I. světové válce“ [Polen, die Tschechoslowakei und der ‚Drang nach Osten‘ des deutschen Imperialismus nach dem Ersten Weltkrieg] (S. 47–57). Der Vf. verwendet für deutsche Betätigungen grundsätzlich die schon in der Überschrift enthaltenen Bezeichnungen. Er schildert deutsche Bemühungen um Oberschlesien einschließlich der Versuche, aus Oberschlesien einen eigenen Staat zu bilden. Auch das Problem Hultschin wird behandelt. Von deutschen Institutionen werden vor allem die Osteuropa-Institute in Breslau und Königsberg erwähnt. Die vom Vf. herausgegriffenen Veröffentlichungen stellten zweifellos nur einen kleinen Teil der wissenschaftlichen Tätigkeit des Breslauer Instituts dar. Auch hier muß bemerkt werden, daß es polnischen Setzern offenbar schwer fällt, einen tschechischen Text einwandfrei abzusetzen.

Einen Beitrag zur Geschichte der Freien Stadt Danzig in den Jahren 1919–1923 veröffentlicht Anna M. Cienciała unter dem Titel „Die Entstehung der Internationalen Schiffs- und Maschinenbau-Gesellschaft in Danzig“ (Powstanie Międzynarodowego Towarzystwa Budowy Okrętów i Maszyn w Gdańsku, S. 59–74). Es handelt sich dabei um die ehemalige Kaiserliche Werft auf der Insel Holm und die Waggon-Fabrik in Troyl, die im Mai 1923 in den Besitz der International Shipbuilding and Engineering Company übergangen. Dabei untersucht die Vf.in die verschiedenen finanziellen Beteiligungen Englands und Frankreichs in Danzig sowie die Aufteilung von Vermögenswerten des Deutschen Reichs auf die Freie Stadt Danzig und Polen auf Grund des Versailler Vertrages. Die erwähnte Gesellschaft wurde am 22. Dezember 1922 auf Grund des Danziger Rechts inkorporiert.

Der französische Historiker Fernand L'Huillier untersucht zwei Jahrgänge der Zeitschrift „Nation und Staat“, und zwar die vom Herbst 1929 bis Herbst 1931 erschienenen Hefte (S. 75–79). Es interessierte den Vf. besonders, daß in der Zeitschrift vor allem Führer der deutschen Minderheit in Ungarn, Rumänien, Dänemark und im Baltikum publizierten. Von den Mitarbeitern der Zeitschrift nennt er besonders Kurt Trampler, Herbert von Truhart und Wilhelm Winkler.

Insgesamt ist das Buch eine etwas schwache Veröffentlichung, zumal die meisten Beiträge mit Slawentum nur sehr wenig zu tun haben, am meisten noch die Beiträge des Engländers Davies und des Franzosen Michel. Das Interesse der Polen für slawische Fragen hat sich offenbar seit dem Ersten Weltkrieg kaum verstärkt.

Marburg a. d. Lahn

Rudolf Urban

Gerhard Oestreich (†): Friedrich Wilhelm I. Preußischer Absolutismus, Merkantilismus, Militarismus. (Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 96/97.) Verlag Musterschmidt. Göttingen, Frankfurt, Zürich 1977. 126 S., 8 Abb. i. T.

Die von dem inzwischen verstorbenen, ehemaligen Ordinarius für Neuere Geschichte an der Marburger Philipps-Universität verfaßte Biographie Friedrich Wilhelms I. gibt in gut lesbarer Form einen sachlich fundierten Überblick über die Persönlichkeit und das Wirken des Soldatenkönigs. Der Vf. bringt dem Leser in anschaulicher Weise die Maßstäbe des Handelns dieses Regenten und die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen, unter denen sich dieses vollzog, nahe. Er hat der Erkenntnis Rechnung getragen, daß die Bedeutung dieses Königs für Preußen nur dann voll sichtbar wird, wenn die Beschaffenheit dieses Staates zur Zeit seines Vaters, König Friedrichs I., mit in die Betrachtung

einbezogen wird. Als Kronprinz war er Zeuge einer zunehmenden Unsolidität in der Regierung und Verwaltung und vor allem in den Finanzen. Die prunkvolle Hofhaltung und die schrankenlose Günstlingswirtschaft führten zu einer wirtschaftlichen Verelendung des Landes. Die preußischen Truppen fochten im Spanischen Erbfolgekrieg auf fremdem Boden, während die preußischen Grenzen im gleichzeitig verlaufenden Nordischen Krieg ungeschützt blieben. Trotz der von Friedrich I. strikt eingehaltenen Neutralität wurden sie immer wieder von den Truppen fremder Mächte überschritten. Hieraus erklärt sich vor allem, daß Friedrich Wilhelm I. in der Schaffung einer schlagkräftigen Armee, die nicht durch ausländische Subsidien, sondern aus eigenen Mitteln unterhalten wurde, die Hauptaufgabe seines Lebens sah. Er erkannte schon früh, daß nur durch äußerste Sparsamkeit auf der einen und durch Steigerung der Einnahmen infolge kluger Wirtschaftsführung auf der anderen Seite dieses Ziel zu erreichen war. Schon unmittelbar nach seinem Regierungsantritt nahm er die Verwirklichung dieser Vorsätze in Angriff. Der Hofetat wurde rigoros zusammengestrichen und die Günstlingswirtschaft beendet. Friedrich Wilhelm sah sich als „König von Preußen, der selber alles regieret und sich nicht durch die Ministri lässt bei der Nase führen“. Die Verwaltung wurde straff zentralisiert und hierdurch in ihrer Handlungsfähigkeit erheblich verbessert. Als Beispiel für diese Verwaltungsreformen sei die Schaffung des neuen Generaloberfinanz-, Kriegs- und Domänendirektoriums genannt, das die Funktionen der beiden bisher miteinander konkurrierenden obersten Finanzbehörden, des Generalfinanzdirektoriums und des Generalkriegskommissariats, in sich vereinigte. Auf provinzieller Ebene entsprachen dieser leitenden Behörde die Kriegs- und Domänenkammern, denen die Aufsicht über die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten anvertraut war. Im Rahmen dieser Rezension soll das Augenmerk besonders auf die östlichen Gebiete des damaligen Königreichs Preußen gerichtet werden. Der Vf. geht im Rahmen seiner Darstellung wiederholt auf die wirtschaftliche Lage Pommerns und vor allem Ostpreußens ein und vergleicht sie mit der Situation in den westlichen Provinzen Preußens, die nicht nur dichter als die ostelbischen Gebiete besiedelt waren, sondern auch durch ihr besser florierendes Handwerk und Gewerbe über größeren Wohlstand als jene im wesentlichen agrarisch strukturierten Landstriche im Osten verfügten. Während der Handel und Wandel in Pommern nach dem Anfall Stettins an Preußen im Jahre 1720 wenigstens einen bescheidenen Aufschwung erlebten, war die Lage in Ostpreußen, wo es wiederholt zu Mißernten gekommen und durch das Wüten der Pest eine Entvölkerung eingetreten war, besonders kritisch. Beim Regierungsantritt Friedrich Wilhelms I. bestimmten unbebautes Land, wüst gewordene Höfe und Dörfer das Bild dieser östlichen Provinz, in der der Domänenbesitz eine zentrale Rolle spielte. Am schlechtesten war die Situation in Nordostpreußen. Hier galt es am ehesten, schnell Abhilfe zu schaffen, was dem König in jahrelanger, zäher Arbeit, die auch als das „preußisch-litauische Retablisement“ bezeichnet wird, gelang. Seine Grundlagen waren die Neuordnung der ostpreußischen Kammerverwaltung, die bauerliche Besitzregulierung und die zielstrebige Förderung der „Repeuplierung“, die mit der Einwanderung der wegen ihres Glaubens aus ihrer Heimat vertriebenen Salzburger im Jahre 1732 ihren Höhepunkt erreichte. Dem Vf. ist zuzustimmen, wenn er das Retablisement neben dem Heeresaufbau und der Gründung des Generaldirektoriums als „die persönlichste Leistung des Soldatenkönigs“ bezeichnet. Die Neubesiedlung Ostpreußens unter König Friedrich Wilhelm I. unter den Begriff der „Germanisierung“ dieser Landstriche zu stellen, ist — wie Ö. zu Recht erklärt — völlig verfehlt. Ein solches Schlagwort

steht dem Geist der damaligen Zeit fern, die noch nicht von nationalistischer Denkungsart erfüllt war. Wichtig war dagegen, daß die Einwanderer tatkräftig am Aufbau des preußischen Staates mitarbeiteten und sich dabei von den vom König entwickelten Maximen, insbesondere dem Pflichtbewußtsein, leiten ließen. In diesem Zusammenhang ist auf das umfangreiche Schriftgut über die Einwanderung und die Tätigkeit der Salzburger in Ostpreußen hinzuweisen, das sich in den kürzlich von Göttingen in das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin verlagerten Archivbeständen des Historischen Staatsarchivs Königsberg befindet.

Das Schlußkapitel dieses Buches beschäftigt sich mit „Preußens Rolle in Europa“ zur Zeit des Soldatenkönigs. Wenn auch die eigentlichen politischen Ziele des Königs, die in dem Erwerb von Jülich und Berg gipfelten, nicht verwirklicht werden konnten, so geht es m. E. doch zu weit, von einem Fiasko seiner Außenpolitik zu sprechen. Der von Friedrich Wilhelm I. vollzogene Bündniswechsel von den Westmächten zu den Habsburgern verleiht der von ihm bestimmten preußischen Außenpolitik zwar einen instabilen Charakter; dennoch bleibt hier festzuhalten, daß solche Kursschwankungen in der europäischen Kabinettpolitik des 18. Jhs. die Regel waren und Preußen fast in der ganzen Zeit der Regierung des Soldatenkönigs der Frieden erhalten blieb, den der König konsequent zum Wiederaufbau seines daniederliegenden Staates nutzte. Welche große Bedeutung Friedrich Wilhelm I. der Außenpolitik beimaß, verdeutlicht beispielsweise die von ihm betriebene Gründung des Auswärtigen Amtes im Jahre 1728, das vor allem unter seinem Sohn eine wichtige Rolle spielen sollte.

Von dem vorliegenden Buch läßt sich sagen, daß es nicht nur dem Fachhistoriker, sondern auch dem interessierten Laien ein abgerundetes, in sich geschlossenes Bild von „Preußens preußischstem König“ vermittelt und mit noch bestehenden Vorurteilen gründlich aufräumt.

Berlin

Stefan Hartmann

Roland Baier: Der deutsche Osten als soziale Frage. Eine Studie zur preußischen und deutschen Siedlungspolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreiches und der Weimarer Republik. (Dissertationen zur neueren Geschichte, Bd. 8.) Böhlau Verlag (in Kommission). Köln, Wien 1980. XX, 766 S., zahlr. Tab. i. T.

Die „zentrale Fragestellung“ dieser 1977 abgeschlossenen Erlanger Dissertation lautet — so der Vf. S. X —: „Welche Ursachen bewirkten, daß die Zielsetzungen der ländlichen Siedlung nach 1919 bis zum Ausbruch der ‚Weltagrarkrise‘ nicht erreicht wurden?“ B. greift dabei ausführlich auf die „Innere Kolonisation“ der Zeit zwischen der Reichsgründung 1871 und dem Beginn des Ersten Weltkriegs sowie in ihrem Zusammenhang auf die preußisch-deutsche Polenpolitik zurück, will er doch herausarbeiten, „welche Unterscheidungsmerkmale die ländliche Siedlung der Weimarer Republik zur Ansiedlungspolitik im Kaiserreich aufwies und in welchen Kontinuitätslinien sie gegebenenfalls stand“ (S. X). Dieser I. Teil (S. 1—148) schließt mit einem Vergleich des innen-, agrar- und bevölkerungspolitischen Stellenwertes der einzelnen preußischen Ostprovinzen vor 1914 und nach dem Versailler Friedensvertrag. Auf die Provinz Posen geht er an dieser Stelle nicht näher ein („Paralipomenon“, S. 147). Der Vf. stützt sich hier fast ausschließlich auf das gedruckte Schrifttum, bei dem er sich vor allem auf den vierten Band von H u b e r s „Deutscher Verfassungsgeschichte seit 1789“ (1969) verläßt. Er hätte sich hier auf ein knapperes